



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	35. Sitzung
Datum	Montag, den 07.12.2009
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	21:20 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

**Anwesend waren:
vom Gremium:**

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Schmidt-Burbach,	CDU
Stadtverordneter Kunz,	FW
Stadtverordnete Koster,	SPD
Stadtverordneter Pohl,	SPD
Stadtverordneter Pross,	SPD
Stadtverordneter Kraft,	SPD
Stadtverordneter Noack,	CDU
Stadtverordneter Schäfer,	CDU
Stadtverordneter Scharmann,	CDU
Fraktionsvorsitzender Michalek,	B90/Grüne
Stadtverordneter Meißner,	FDP

vom Magistrat:

Stadtrat Beck,	CDU
----------------	-----

von der Verwaltung:

Frau Simon, Kämmerei	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Herr Wein, Rechtsamt	ohne
Herr Weber, Planungs- und Hochbauamt	ohne

Herr Schaub, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Ritter, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Ketterer, Tiefbauamt	ohne
Herr Volz, Tiefbauamt	ohne
Herr Hasse, Stadtbetriebsamt	ohne
Herr Hartert, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Hemmelmann, als Schriftführer
Frau John

ferner waren anwesend:

Stv. Breisprecher, CDU-Fraktion
Herr Becker, Seniorenrat

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

FrkV M i c h a l e k berichtete, dass der Umweltausschuss den Tagesordnungspunkt 9 (Hessischer Fernradweg R 7) im Geschäftsgang belassen habe. Er schlug vor, diesen Punkt heute ebenfalls von der Tagesordnung abzusetzen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Die Ausschussmitglieder befürworteten einstimmig die so geänderte

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1
Nachtragshaushalt 2009

TOP 2
1279/09
Umsetzung des Friedhofspflegewerkes zum Alten Friedhof
I/461

TOP 3
1527/09
Friedhofsentwicklungsplan
I/539

TOP 4

1514/09

Bebauungsplan Nr. 403 „Karl-Kellner-Ring – Sophienstraße – Moritz-Hensoldt-Straße“ in Wetzlar

Aufstellungsbeschluss

I/530

TOP 5

1485/09

Kreisverkehr Am Trauar/Hohe Straße

1. Umgestaltung und Aufstellung des Buddybären

2. Benennung des Kreisels in „Neukölln-Kreisel“

I/538

TOP 6

1507/09

Verlegung und behindertengerechter Umbau der Bushaltestelle „Naunheimer Straße“ in Niedergirmes

I/544

TOP 7

1529/09

Benennung des Gewerbegebiets Hund sowie die Straßenbenennung der Zufahrt zum Gewerbegebiet in Nauborn

I/540

TOP 8

1515/09

Sachstand Aufstellung Lichtmasterplan Wetzlar und Bericht über die im Kontext stehende Fachwerktriennale 09

I/531

TOP 9

1561/09

Hessischer Fernradweg Radweg R 7 -Radweg Lahn-Fortführung Hausertorbrücke - Inselstraße

I/547

TOP 10

1546/09

Zentrum für Kinder und Familie

Anbau an den Kindergarten Niedergirmes

I/545

TOP 11

1493/09

Kindergarten Wetzlar-Garbenheim - Anbau

I/543

TOP 12
1434/09
Sanierung der Sporthalle in Wetzlar-Dutenhofen
I/542

TOP 13
1547/09
Anbau an die Funsporthalle (B 19)
I/546

TOP 14
1541/09
Barrierefreie Ausgestaltung Unterführung
Karl-Kellner-Ring/Neustadt/Langgasse
I/533

TOP 15
1549/09
Komplettierung der Lichtzeichenanlage
im Bereich Seibertstraße/Neustadt
I/541

TOP 16
1543/09
Eingeschränkte Nutzung von Gehwegen
durch Straßenschilder und Laternen
Prüfungsauftrag
I/535

TOP 17
1544/09
Akustische Signale bei Lichtzeichenanlagen
Prüfungsauftrag
I/536

TOP 18
1545/09
Verbesserung der Barrierefreiheit für stark
sehbehinderte und blinde Menschen
Prüfungsauftrag
I/537

TOP 19
Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 09.11.2009

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1 Nachtragshaushalt 2009

Seite 51 b) Sanierung Palais Papius: FrkV M i c h a l e k merkte an, dass die hier ausgewiesenen insg. 6 Mio. € (Auszahlung 600.000 € und VE 5,4 Mio. €) nicht mit den in der Vorlage beschlossenen 7 Mio. € übereinstimmen. Er bat, die Differenz in Höhe von 1 Mio. € aufzuklären. Im Übrigen wies er darauf hin, dass bei einem Doppischen Haushalt der Produktverantwortliche in der entsprechenden Beratungssitzung anwesend sein müsste. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf einen redaktionellen Fehler im Investitionsprogramm Seite 8 bei der Investitionsnummer 04101004001 „Sanierung Palais Papius“. Hier müsse es unter Spalte 2 beim Planwert statt 5,4 Mio. € 3 Mio. € heißen.

Zur **Seite 116 b der Austauschseiten, Stadion Wetzlar**, wollte FrkV M i c h a l e k wissen, wie sich die 700.000 € Mehrkosten gegenüber dem eigentlichen Ansatz ergeben. Herr W e b e r teilte mit, dass es sich hierbei um Erhöhungen durch Maßnahmen zur Einhaltung der Versammlungsstättenrichtlinien handele bzw. die Belastungsfähigkeit der Böden teilweise verstärkt worden sei. In diesem Zusammenhang bat FrkV M i c h a l e k darum, dass zukünftig bei den Mitteilungen der Ämter die Aufstellung der bisherigen Auszahlungen bzw. geplanten Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt mitgeliefert werden sollten. StR B e c k empfahl, dies im Finanz- und Wirtschaftsausschuss noch einmal OB Dette mitzuteilen, da dieser dafür verantwortlich sei.

Stv. P o h l kritisierte, dass bei der Austauschseite nicht wie bei der eigentlichen Seite die Einzahlungen mit aufgeführt worden seien. In diesem Zusammenhang beklagte er auch den Formfehler, dass die Austauschseiten nicht in die gebundene Fassung mit eingefügt werden können und zum Teil durch einen anderen Seitenumbruch nicht deckungsgleich seien.

Seite 103 b - Neubau Kindergärten/-tageseinrichtungen hier: Neubau Kindergarten Spilburg

Stv. P o h l fragte an, warum es Änderungen gegeben habe. StR B e c k erläuterte, dass man derzeit die Planungen zurückgestellt habe, da das ursprünglich geplante Grundstück nicht zur Verfügung stehe und man nun nach einem anderen geeigneten Grundstück suchen würde.

Seite 112 c - Erneuerung und Errichtung von Bädern hier: Sanierung Hallenbad Europa

Im Hinblick darauf, dass hier ein Haushaltsansatz im Haushalt stehe, erkundigte sich FrkV M i c h a l e k, ob dieser auch umgesetzt werde. StR B e c k bejahte dies. Mit einer entsprechenden Vorlage ist im Januar 2010 zu rechnen.

Seite 122 b (Austauschseite) - Maßnahmen Soziale Stadt hier: Fortführung Maßnahme Nachbarschaftszentrum Niedergirmes

FrkV M i c h a l e k fragte an, warum es hier einen Mehrbedarf von 125.000 € gebe. StR B e c k wies darauf hin, dass diese Mehrkosten so beschlossen worden seien. FrkV M i c h a l e k beklagte in diesem Zusammenhang die ständigen Differenzen

zwischen vorgelegten Planungen und dem dann folgenden Haushalt.

StR **B e c k** erläuterte noch einmal detailliert die verschiedenen Gremientermine im Rahmen der Sozialen Stadt Niedergirmes bzw. die Abstimmungen zwischen der Stadt und der Kirche und die verschiedenen Verfahrensschritte in den Entscheidungsprozessen. Er wies noch einmal deutlich darauf hin, dass die ursprüngliche Kostenschätzung von einem Architekten der Kirche vorgenommen worden sei und man diese erst überprüfen musste.

Seite 130 b (Austauschseite) - Ausbau und Erneuerung Kanäle

Stv. **P o h l** wollte die Veränderungen zu den Maßnahmen Bannviertel, Sanierung Pumpwerk Alte Straße und Germanenweg/Römerstraße wissen. Herr **V o l z** erläuterte, dass man bei der Ausschreibung Bannviertel ein günstigeres Ausschreibungsergebnis erzielt habe. Beim Pumpwerk Alte Straße habe man derzeit lediglich eine Planung vorgenommen, dafür seien vorhandene Haushaltsmittel ausreichend. Mit der Umsetzung der Baumaßnahme sei in 2010 zu rechnen. Zum Germanenweg führte er aus, dass der Straßenkörper komplett verschlissen sei. Dadurch mussten die Sanierungen in eine komplette Neuplanung umgewandelt werden. Zunächst soll diese Planung in 2009 gemacht werden. Mit einer Bauausführung sei erst ab 2011 zu rechnen.

Seite 130 c (Austauschseite) - Ausbau und Erneuerung Kanäle

FrkV **M i c h a l e k** erkundigte sich zur Fröbelstraße, warum hier der Ansatz in der VE reduziert worden sei. Hier sei eine ähnliche Problematik wie beim vorgenannten Fall. Die Durchführung der Maßnahme werde erst in 2010 geplant.

Seite 132 c (Austauschseite) - Erschließung Konversionsflächen Henri-Duffault-Straße - Reduzierung des Ansatzes

Hier wurden die kassenwirksamen Mittel in das Haushaltsjahr 2010 verschoben.

Seite 132 d (Austauschseite) - Erneuerung/Ausbau Straßenböschungen Reinbergstraße Nauborn - Reduzierung auf Null

Hier handelt es sich laut dem Tiefbauamt um eine Ertüchtigung einer übersteilen Böschung. Hier wird im Jahre 2010 ein neuer Absatz gebildet.

Weiter zu Seite 132 d: FrkV **M i c h a l e k** wies darauf hin, dass der Haushaltsansatz auf null reduziert wurde, mit dem Hinweis „Umschichtung Sonderinvestitionsprogramm“. Er bat hierzu um Erläuterung. Herr **V o l z** teilte mit, dass hier aufgrund der Regelung des Sonderinvestitionsprogrammes ein eigenes Konto eingerichtet werden musste. Dieses Konto ist auf der Seite 40 des Sonderinvestitionsprogrammes nachzuvollziehen. FrkV **M i c h a l e k** ergänzte seine Frage dahingehend, auf welchem Haushaltskonto dies gebucht werde. Herr **V o l z** erläuterte, dass es kein solches Konto gebe, da aufgrund der Förderrichtlinien keine Haushaltsansätze vorhanden sein dürften. FrkV **M i c h a l e k** bat zum Sonderinvestitionsprogramm Seite 40 darum, die unter dieser Investitionsnummer in den Ansätzen 2009 enthaltenen Maßnahmen aufzuschlüsseln.

Stv. **K u n z** fragte zur Böschungssicherung Friedenstraße, um welche Maßnahme

es sich hier handelt. Herr **V o l z** erläuterte, dass es sich um die Böschung in der Friedenstraße Wetzlar handle. Diese musste aus Verkehrssicherungsgründen saniert werden. Es handelt sich bei dem angegebenen Betrag um eine Restfinanzierung.

Seite 136 b (Austauschseite) - Ausbau und Erneuerung Landesstraßen Westtangente

Stv. **P o h l** erkundigte sich, warum der Ansatz hier auf null reduziert worden sei. StR **B e c k** erläuterte, dass man die ursprünglichen Planungsleistungen nicht benötigt hätte, da die Planungen durch eigene Mitarbeiter durchgeführt werden können.

Zu „Erneuerung und Erweiterung Ingenieurplanwerke Landesstraße Bahnhof Wetzlar“ erkundigte sich Stv. **P o h l**, warum beim neuen Ansatz Brücke Bahnhof eine Reduzierung von 15.000 € vorgenommen worden sei. Herr **K e t t e r e r** erläuterte, dass die Auflagen der Brücke marode seien. Es sei der Einbau neuer Lager notwendig und dafür benötige man zunächst eine ordentliche Planung. Dafür seien die 35.000 € ausreichend.

Seite 145 b (Austauschseite) - Behindertengerechter Ausbau von Bushaltestellen

Stv. **P o h l** fragte an, warum die VE auf null gesetzt worden sei. StR **B e c k** erläuterte, dass man hier aus verfahrenstechnischen Gründen die VE auf null reduzieren musste, da zunächst einmal für 2010 ein Beantragungsverfahren durchgeführt werden soll. Wenn die Mittel dann feststehen, werde man einen entsprechenden Haushaltsansatz bilden.

FrkV **M i c h a l e k** erkundigte sich zur Bushaltestelle Pestalozzischule, warum die Ansätze hier auf null reduziert worden seien. StR **B e c k** erläuterte, dass es derzeit neue Planungen gebe. Man habe dies deshalb abgesetzt, weil man diese Planungen auch in das Förderprogramm aufnehmen möchte.

Seite 149 b (Austauschseite) - Hochwasserschutz Amt 66 hier: Retentionsraumschaffung Dillfeld

FrkV **M i c h a l e k** fragte an, warum hier 1 Mio. € weniger angesetzt seien. Herr **K e t t e r e r** erläuterte, dass die Baumaßnahme aus planungsrechtlichen Gründen geschoben werden musste. Weiter erkundigte sich FrkV **M i c h a l e k**, was an Teilbeträgen unter diesem Begriff enthalten sei. Herr **K e t t e r e r** führte aus, dass neben den kassenwirksamen Planungsmitteln in Höhe von 40.000 € 810.000 € VE für 2010 plus eine VE für 2011 enthalten seien. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf ein neues Verfahren bei der Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen. Dabei sei es maßgebend, wann der Abfluss der Mittel vorzusehen sei.

Seite 162 a (Austauschseite) - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Optikparcours

Der Ansatz berücksichtige die Reinigung der Exponate durch eigene Mitarbeiter/innen. FrkV **M i c h a l e k** bat zu überprüfen, ob dies im Vertrag mit dem Förderverein „Wetzlar - Stadt der Optik“ ausdrücklich so festgeschrieben sei.

TOP 2

1279/09

Umsetzung des Friedhofspflegewerkes zum Alten Friedhof

(gemeinsame Beratung mit TOP 3)

Der Ausschuss übernahm die vom Umwelt- und vom Kulturausschuss vorgeschlagene Änderungsempfehlung und fasste einstimmig (11.0.0) folgenden Beschluss:

„Der Umsetzung des Friedhofspflegewerkes zum Alten Friedhof wird **mit der Änderung gemäß Drucksachen-Nr. 1527/09 - I/539** zugestimmt.“

TOP 3

1527/09

Friedhofsentwicklungsplan

(gemeinsame Beratung mit TOP 2)

Abstimmung: 11.0.0

TOP 4

1514/09

Bebauungsplan Nr. 403 „Karl-Kellner-Ring – Sophienstraße – Moritz-Hensoldt-Straße“ in Wetzlar Aufstellungsbeschluss

Stv. P o h l nahm Bezug auf Seite 2 (Absatz „Anlass“) und den Satz „Zudem gibt es Planungsüberlegungen, die Innenstadt durch neue Freizeit- und Erlebnisangebote aufzuwerten und das Plangebiet mit seinen lagebedingten Nachteilen einzubinden.“ Er fragte an, was damit gemeint sei. Herr S c h a u b erläuterte, dass damit Planungsüberlegungen Dritter gemeint seien und dass diese verhindert werden sollen.

FrkV M i c h a l e k bat um eine Übersicht der im Bereich Karl-Kellner-Ring/Bahnhofstraße/Herkulescenter bisher angebrachten Veränderungssperren und deren Gültigkeitsdauer. Dies wurde von StR B e c k zugesagt.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 5

1485/09

Kreisverkehr Am Trauar/Hohe Straße

1. Umgestaltung und Aufstellung des Buddybären

2. Benennung des Kreisels in „Neukölln-Kreisel“

Stv. P o h l fragte an, ob diese Vorlage im Kulturausschuss behandelt worden sei. Dies wurde verneint. Er nahm Bezug auf die Vorlage und sagte, dass die Namensgebung seiner Meinung nach in Ordnung sei. Allerdings sehe er aus der Problematik Vandalismus heraus ein Problem, den Bär dort aufzustellen.

StR B e c k teilte mit, dass es zwar vorgesehen sei, dort durch entsprechende Bepflanzung (Bodendecker) einen gewissen Schutz für den Bären zu schaffen, dass das aber letztendlich niemanden davon abhalten könne, die Skulptur zu beschädigen. Das Problem Vandalismus könne man nie ganz verhindern.

FrkV M i c h a l e k unterstützte den Vorschlag von Stv. Pohl, die Vorlage zunächst im Kulturausschuss zu behandeln und schlug vor, sie im Geschäftsgang zu belassen. Im Übrigen sei er der Meinung, dass es nicht gut sei, den Buddybären soweit außerhalb der Innenstadt zu „verstecken“. Er sprach sich gegen eine Aufstellung auf den dortigen Kreisel aus.

Abstimmung über den Antrag, die Vorlage im Geschäftsgang zu belassen und zunächst an den Kulturausschuss zu verweisen: 11.0.0

TOP 6

1507/09

Verlegung und behindertengerechter Umbau der Bushaltestelle „Naunheimer Straße“ in Niedergirmes

Stv. P o h l nahm Bezug auf die Begründung und fragte, wie sich die betroffene Anwohnerin geäußert habe. Es wurde mitgeteilt, dass die Anwohnerin der Planung zugestimmt habe.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 7

1529/09

Benennung des Gewerbegebiets Hund sowie die Straßenbenennung der Zufahrt zum Gewerbegebiet in Nauborn

FrkV M i c h a l e k bat darum, die beiden Absätze getrennt abzustimmen. Weiter wollte er wissen, wer diesen Vorschlag gemacht habe. Er lehne den Vorschlag zur Bezeichnung des Gewerbegebietes nach einer lebenden Person ab. Stv. P o h l nahm Bezug auf eine Beschlussvorlage des letzten Jahres, wonach alle Gewerbegebiete von der Stadtverordnetenversammlung benannt worden seien. Danach heiße dieses Gewerbegebiet „Wilhelm-Will-Straße“. Er fragte, warum das jetzt geändert werden solle. Im Übrigen passe die Bezeichnung „Gewerbegebiet Hund“ nicht in die Systematik der anderen Gewerbegebietsbezeichnungen, nach der man nicht nach aktuellen Firmen ein Gewerbegebiet bezeichnen solle. Wenn sich dort eine neue Firma ansiedelt, passe

der Name nicht mehr. Im Übrigen zeigte sich Stv. P o h l brüskiert über die bereits in der Werbung für die Eröffnung des REWE-Marktes verwandte Straßenbezeichnung, ohne dass vorher das Stadtparlament eine entsprechende Namensgebung beschlossen habe. Des Weiteren wollte er zu diesem Thema wissen, ob es in der Verwaltung eine Prioritätenliste gebe, nach der man sich richten könne, wenn es um Namensgebung gehe.

Stv. K u n z erläuterte das Abstimmungsverhalten und die Beratung im Ortsbeirat Nauborn und erklärte, warum der Ortsbeirat so abgestimmt habe. Stv. S c h ä f e r wies darauf hin, dass diese Namensgebung nur im Interesse der Firma Hund sei und dass er dies nicht ganz nachvollziehen könne. Dennoch sei er der Auffassung, dass man der Willensbekundung des Ortsbeirates folgen solle. Da er wegen der möglichen Präzedenzfallwirkung für andere Firmen den Namensvorschlag nicht gut finde, werde er sich der Stimme enthalten. Stv. N o a c k machte deutlich, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit des Ortsbeirates handele. Von daher sollte man dessen Votum akzeptieren.

Abstimmung über Absatz 1 (Gewerbegebiet Hund): 5.5.1

Abstimmung über Absatz 2 (Artur-Herzog-Straße): 11.0.0

TOP 8

1515/09

Sachstand Aufstellung Lichtmasterplan Wetzlar und Bericht über die im Kontext stehende Fachwerktriennale 09

Stv. P o h l fragte an, wie viele Fragebögen von Bürgern bei der Befragung ausgefüllt zurückgekommen seien. Herr S c h a u b erläuterte, dass es 11 Fragebögen gewesen seien. Weiter wollte Stv. P o h l wissen, wann mit einer Vorlage der Funktionalbeleuchtung zu rechnen sei. Herr S c h a u b teilte mit, dass dies voraussichtlich im Frühjahr 2010 sei. FrkV M i c h a l e k wies noch einmal kritisch auf die Farbgebung der Beleuchtung hin. Er nannte als Beispiel die blauen Fenster an der Franziskanerkirche. Der Hinweis wurde vom Fachamt aufgenommen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 9

1561/09

Hessischer Fernradweg Radweg R 7 -Radweg Lahn-Fortführung Hausertorbrücke - Inselstraße

Die Vorlage wurde im Geschäftsgang belassen.

TOP 10

1546/09

Zentrum für Kinder und Familie Anbau an den Kindergarten Niedergirmes

FrkV M i c h a l e k fragte an, wie hoch der Zuschussbetrag für die U3-Gruppen

sei. Er bat um Beantwortung bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 08.12.2009. Außerdem wolle er wissen, warum der Anbau als Flachdachkonstruktion ausgebildet worden sei. Herr **W e b e r** erläuterte, dass dies architektonische Gründe habe. Außerdem würde das zusätzliche Volumen eines Schrägdaches nichts bringen außer zusätzliche Kosten.

Stv. **P r o s s** fragte an, warum man die zur Mitte hin geplante Dachneigung von 5 Grad nicht nach rechts bzw. links geneigt geplant habe. Herr **W e b e r** erläuterte noch einmal, dass es bei der konstruktiven Ausgestaltung mit 2 Grad Dachneigung keine Probleme gebe und dass die Planung die genannte Fragestellung der Neigung geprüft und gewürdigt habe. Im Übrigen sei dies ein Passivhaus, das geheizt werden müsse. Man müsse sich hier genau überlegen, ob man sich zusätzliches Volumen schaffe oder nicht.

StR **B e c k** ergänzte, dass man die Flachdächer von früher mit denen von heute nicht mehr vergleichen könne und nahm Bezug auf Äußerungen von FrkV Michalek, der schlecht ausgestaltete Flachdächer an Schulen als Beispiel benannte. Heute seien die Dächer viel besser vom Material her und es werde eine bessere Technik und Untergrundmaterialien verwendet. Herr **W e b e r** ergänzte noch einmal, dass an dieser Stelle es architektonisch machbar und auch sinnvoll sei, diese Art von Flachdach zu nehmen.

Stv. **N o a c k** ergänzte die Ausführung von Herrn Weber, dass man hier eine vorgefertigte Gefälledämmung einsetzt. Diese Produkt habe sich bewährt und würde die vorgegebene Neigung von 2 Grad gewährleisten.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 11

1493/09

Kindergarten Wetzlar-Garbenheim - Anbau

Stve. **K o s t e r** fragte an, ob man den vorhandenen Giebelraum voll nutzen könne.

StR **B e c k** antwortete, dass dieser nur noch als Lagerraum genutzt werden könne.

FrkV **M i c h a l e k** erkundigte sich, ob hier das Flachdach auch ebenfalls die 2-Grad-Neigung habe. Dies wurde von Herrn **W e b e r** bejaht.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 12

1434/09

Sanierung der Sporthalle in Wetzlar-Dutenhofen

FrkV **M i c h a l e k** nahm Bezug auf seine Äußerungen in vorherigen Sitzungen im Zusammenhang mit der Katastrophe in Bad Reichenhall und seine Frage, ob bei einer Überprüfung der städtischen Hallen alles in Ordnung gewesen sei. Damals sei ihm mitgeteilt worden, dass es keine Probleme mit den Bindern in den städtischen Gebäuden gebe. Allerdings sei jetzt aus der Vorlage zu erkennen, dass es doch ein Problem gegeben habe. Die damalige Aussage, keine Dachkonstruktion sei gefährdet, wäre damit falsch. Außerdem beklagte er, dass er von einem in 2007 durchgeführten Gutachten

in der Halle erst 2009 erfahre, das Dach sei nicht in Ordnung.

StR B e c k korrigierte die Aussage von FrkV M i c h a l e k, seine damalige Aussage wäre falsch gewesen. Richtig sei, dass er damals gesagt habe, dass eine akute Gefährdung nicht festgestellt wurde, es aber Handlungsbedarf zur Sanierung des Daches gäbe. Herr W e b e r ergänzte die technischen Details. Damals sei die Aussage (von StR Beck) richtig gewesen. Nach der jetzigen Planung habe man eine höhere Dachlast. Von daher mussten auch die Dachbinder bzw. die Dachkonstruktion erneuert werden, weil dies mit den alten nicht mehr möglich gewesen wäre.

FrkV M i c h a l e k erwiderte, dass die Aussage von 2007 klar und deutlich war und nicht mit den Gegebenheiten von heute übereinstimme. Wenn die Verwaltung hier etwas plane, dann sollten die Ausschüsse auch darüber informiert werden. In diesem Zusammenhang erinnerte er noch einmal an den eingeführten Tagesordnungspunkt „Sachstandsberichte der Bauverwaltung“. Er sprach sich dafür aus, diesen wieder aufzunehmen.

StR B e c k machte deutlich, dass in 2008 über das Thema „Dachkonstruktion“ im Rahmen der Haushaltsplanung diskutiert worden sei, da die Unterdecke abgenommen werden musste. Seinerzeit seien 70.000 € überplanmäßige Ausgaben veranschlagt worden. Im Übrigen habe man dies am 29.04.2008 im Ortsbeirat Dutenhofen vorgestellt. FrkV M i c h a l e k blieb bei seiner Meinung, dass man in Zukunft mehr Infos an die Stadtverordneten in diesen Angelegenheiten geben solle.

Stv. P o h l unterstützte die Verfahrenskritik von FrkV Michalek und wies außerdem darauf hin, dass er das Gefühl habe, dass die Verwaltung hier künstlich einen Zeitdruck aufbaue, um die Stadtverordneten zu einer schnellen Entscheidung zu drängen. Das komme immer wieder vor. Herr W e b e r teilte mit, dass die Zeit nötig war, um die Zahlen richtig zu rechnen. Im Gegenzug werde der Bauverwaltung immer vorgeworfen, keine ordentlichen Zahlen zu ermitteln. Im Übrigen, sagte StR B e c k, gebe es keinerlei Alternativen zu der vorgelegten Planung und außerdem wies er noch einmal darauf hin, dass aufgrund vieler anderer Umstände die Verwaltung mittlerweile an ihrer Arbeitsgrenze angelangt sei. Insofern müsse man auch für die zeitliche Kürze der Entscheidung Verständnis haben.

Stv. P o h l wies noch einmal darauf hin, dass er die Verwaltung nicht anklagen wolle, dass es jedoch darum gehe, dass man entsprechende Alternativen vorgelegt bekomme. Dies müsse in Zukunft besser werden.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 13

1547/09

Anbau an die Funsporthalle (B 19)

Stv. S c h ä f e r machte deutlich, dass er die in der Begründung genannte Größe für den Gymnastikraum nicht nachvollziehen könne. Sinn und Zweck der Halle sei ursprünglich einmal gewesen, Jugendliche von der Straße zu holen und ihnen eine Gelegenheit zu geben, sich körperlich zu betätigen. Wenn man jetzt hier Vereine oder einen Kindergarten mit zulasse, dann sei der Zweck nicht mehr gegeben. Gerade auch unter dem

Aspekt „Sparsamkeit“ sei dies nicht nachvollziehbar. Im Übrigen wies er darauf hin, dass auch die Möglichkeit bestehe, für die dort genannten Zwecke die WKG-Halle mit anzumieten. Er fragte, ob dies schon mal geprüft worden sei.

Stv. P o h l erkundigte sich nach dem Abstimmungsergebnis des Sozialausschusses. StR B e c k teilte mit, dieser habe einstimmig zugestimmt. Weiter wollte er wissen, ob es dort eine Toilettenanlage gebe. Dies wurde verneint. Auch die Frage auf Vorliegen einer Folgekostenberechnung wurde von Herrn W e b e r verneint.

Stv. P o h l erkundigte sich weiter, ob die Caritas die Betreuung der Halle weiter fortführen werde. Dies wurde von Herrn W e b e r bejaht. Weiter nahm Stv. P o h l Bezug auf die Flachdach-Optik der Funsporthalle. Er fragte, ob es hier keine andere Lösung gegeben habe. Herr W e b e r teilte mit, dass das architektonisch nicht möglich gewesen sei.

Stv. S c h ä f e r erinnerte an die Beantwortung seiner Fragen, insbesondere die Bedarfsermittlung für den 100 qm großen Gymnastikraum. Stv. B r e i d s p r e c h e r fügte ein, dass der Bewegungsraum dringend für die Kindertagesstätte Nachbarschaftszentrum benötigt werde und insofern der Bedarf auf die Belange der Kinder abgestimmt sei. Herr W e b e r ergänzte, dass die Nutzung von diesem Raum durch Kinder letztendlich die Kosten für die Erweiterung des angesprochenen Kindertagesstättenbereiches senke. Im Übrigen habe die Stadtteilkonferenz das Raumprogramm aufgestellt. FrkV M i c h a l e k wollte wissen, ob diese Planung im Stadtteilbeirat abgestimmt worden sei. Dies bejahte Herr W e b e r. Stv. P o h l erkundigte sich abschließend, ob die vorhandene Halle beheizbar sei. Dies wurde von Herrn W e b e r verneint.

Abstimmung: 7.0.4

TOP 14

1541/09

Barrierefreie Ausgestaltung Unterführung Karl-Kellner-Ring/Neustadt/Langgasse

Der Ausschuss übernahm die vom Sozial- und vom Umweltausschuss beschlossene Änderungsempfehlung und fasste einstimmig (10.0.0) folgenden Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Kosten der barrierefreie Ausbau der Unterführung Karl-Kellner-Ring/Neustadt/Langgasse unter Berücksichtigung einer Nutzung mit Rollatoren, Rollstühlen, Kinderwagen, Fahrrädern sowie der Nutzung durch Menschen mit starker Sehbehinderung verursacht. In die Prüfung ist einzu beziehen eine verbesserte Nutzung des Alternativweges rechts der Unterführung durch bessere Beleuchtung und Anbringen eines Handlaufes.“

TOP 15

1549/09

Komplettierung der Lichtzeichenanlage im Bereich Seibertstraße/Neustadt

Nach kurzer Diskussion verständigten sich die Ausschussmitglieder darauf, den Antrag in einen Prüfungsauftrag umzuwandeln, der nunmehr wie folgt lauten sollte:

„Der Magistrat wird beauftragt **zu prüfen**, ob im Bereich Seibertstraße/Neustadt die Lichtzeichenanlage komplettiert (Überquerung der Seibertstraße zur Querungshilfe) sowie die Grünphase zur Überquerung der Neustadt verlängert werden kann.“

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

TOP 16

1543/09

Eingeschränkte Nutzung von Gehwegen durch Straßenschilder und Laternen Prüfungsauftrag

Stv. P o h l erfragte den Sinn der in den vorherigen Ausschüssen gemachten Änderungen. StR B e c k erläuterte dies dahingehend, dass man damit sicherstellen möchte, dass die neu zu gründende Behindertenkommission in die Prüfung einbezogen wird.

Der Ausschuss fasste einstimmig (11.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wo in der Stadt durch auf dem Gehweg stehende Straßenschilder und Laternen die Nutzung der Gehwege mit Rollatoren, Rollstühlen und Kinderwagen erschwert und eingeschränkt wird und wie und wann diese Problematik behoben werden kann.

Die Prüfung soll auf abgegrenzte Bereiche der Stadt beschränkt werden, die von der neu zu bildenden Behindertenkommission vorzuschlagen sind.“

TOP 17

1544/09

Akustische Signale bei Lichtzeichenanlagen Prüfungsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss schloss sich der Änderungsempfehlung des Sozial- und des Umweltausschusses an und fasste einstimmig (11.0.0) folgenden Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit/in welchem Umfang die Licht-

zeichenanlagen in der Stadt Wetzlar über akustische Signale verfügen, die

a) das Auffinden der Anlagen für blinde und stark sehbehinderte Menschen erleichtern

und

b) die jeweilige Phase für blinde und sehbehinderte Menschen erkennbar machen.

Die Prüfung soll auf abgegrenzte Bereiche der Stadt beschränkt werden, die von der neu zu bildenden Behindertenkommission vorzuschlagen sind.“

TOP 18

1545/09

Verbesserung der Barrierefreiheit für stark sehbehinderte und blinde Menschen Prüfungsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss schloss sich der Änderungsempfehlung des Sozial- und des Umweltausschusses an und fasste einstimmig (11.0.0) folgenden Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wo und in welchem Maße durch den Einsatz von Bodenindikatoren, Wegweisern in Blindenschrift und Farbkontrasten (bspw. an Pollern) die Barrierefreiheit für stark sehbehinderte und blinde Menschen in Wetzlar verbessert werden kann.

Die Prüfung soll auf abgegrenzte Bereiche der Stadt beschränkt werden, die von der neu zu bildenden Behindertenkommission vorzuschlagen sind.“

TOP 19

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 09.11.2009

Mitteilungen

Lärmschutzwand Dalheim

StR Beck wies darauf hin, dass der Abschluss der Baumaßnahmen im Bereich der Lärmschutzwand Dalheim, die er in der letzten Sitzung bekannt gegeben habe, sich noch einmal auf Januar 2010 verlängert habe. Dies war bedeutend für den Termin, den das ASV Dillenburg mit den Anwohnern durchführen wollte. Der Termin für die Anliegerversammlung, die in der Aula der Eichendorffschule stattfindet, sei festgelegt auf den 20.01.2010.

Anfrage des Stv. Pohl zu Überprüfung Baukosten

Die erforderlichen Unterhaltungsarbeiten an der Bushaltestelle Neustädter Platz wurden im Rahmen der Baumaßnahme „Kanalsanierung Bannviertel, 1. Bauabschnitt“ beauftragt und ausgeführt. Die Abrechnung erfolgt jedoch getrennt von den Kanalarbeiten und ist dem Deckensanierungsprogramm der Straßen zugeordnet.

In 2010 seien keine weiteren Umbauarbeiten an der Busbucht vorgesehen. Die o. g. Unterhaltungsarbeiten seien grundsätzlich nicht förderfähig. Die derzeit von Planungs- und Hochbauamt angedachte Umgestaltung des Neustädter Platzes beziehe sich ebenfalls nicht auf die Busbucht, sondern beschränke sich vielmehr auf Pflanzarbeiten auf der Platzseite vor der Firma Süß.

Anfrage des Stv. Meißner zu Überlegungen zum sozialen Brennpunkt Schulstraße 6, Stadtteil Garbenheim (im Hinblick auf Brandschutz etc.)

Es gebe keinen aktuellen Vorgang zur Schulstraße 6 in Garbenheim. Laut dem Bauordnungsamt wurde vor Jahren eine Verfügung wegen brandschutztechnischer Mängel gegen die Eigentümer erlassen. Diese wurden unter Hinzuziehung des Architekten behoben. Das Gebäude unterliege als Wohngebäude nicht der regelmäßigen Gefahrenverhütungsschau durch den vorbeugenden Brandschutz.

Anfrage des FrkV Michalek zur Einhaltung der Kosten Brücke bei der Hauser Mühle

StR B e c k gab eine detaillierte Antwort des Fachamtes als Anlage zur Niederschrift.

Anfrage des Stv. Schäfer zur Baumaßnahme Brühlsbachstraße (Kosten)

Die Erneuerung der Stützmauern der Grundstücke „Brühlsbachstraße 10 bis 16“ wurde in Kostenträgerschaft der Stadt Wetzlar notwendig, da diese Mauern den Gehweg abstützen. Sie sind daher unabhängig von ihrer eigentumsrechtlichen Lage der Straße zuzuordnen. Da die Zäune Bestandteil der Mauern waren - es handelt sich hierbei nicht nur um Grundstückseinfriedungen, sondern auch um Absturzsicherung - müssen auch diese von der Stadt als Verursacher wiederhergestellt werden. Diese Maßnahmen sind daher auch umlagefähig. Der Sachverhalt wurde mit den Grundstückseigentümern im Vorfeld abgesprochen. Es wurden Gestattungsverträge von beiden Seiten unterzeichnet.

Anfrage des FrkV Michalek zu Schadstoffen im Kindergarten Münchholzhausen

Der Mangel wurde im Sommer 2009 erstmals konkret festgestellt. Bei der Überprüfung durch die Fachkraft für Arbeitssicherheit im Jahr 2007 ist hierüber nichts vermerkt. Anfang August 2009 wurde eine baubiologische Untersuchung durchgeführt, es wurden in der Raumluft, in den Wänden und in dem Inventar erhöhte Werte von Pilzsporen festgestellt. Das Mobiliar wurde daraufhin kurzfristig entfernt. Nach weiteren Untersuchungen durch ein Fachbüro soll zur Problemlösung eine Lüftungsanlage eingebaut werden. Die Arbeiten werden im Dezember 2009 bis Januar 2010 ausgeführt.

Anfrage des Stv. Kunz zur Langenbergstraße, Stadtteil Nauborn

Stv. K u n z bezog sich auf seine Frage in der letzten Sitzung bezüglich der in der Friedenstraße in Nauborn geplanten Baumaßnahme. In der Niederschrift sei irrtümlich „Langenbergstraße“ protokolliert worden. Er bat, dies zu korrigieren. Eine erneute Beantwortung hinsichtlich der Friedenstraße wurde von StR B e c k zugesagt.

Anfrage des Stv. Kraft zur Baumaßnahme Bannviertel - Aufhebung des Halteverbots/Schaffung von weiteren Parkmöglichkeiten

Das Halteverbot im Wendehammer der Bannstraße wurde angeordnet, damit die Anlieger gefahrlos wenden und wieder abfahren können. Wäre dort freies Parken möglich, hätten zwar einige Anlieger einen Vorteil, alle anderen würden aber durch diese Maßnahme behindert werden. Durch die baustellenbedingten Lagerungen ist der vorhandene Wendehammer in seiner Räumlichkeit zwar eingeschränkt, ein gefahrloses Wenden von PKW ist aber möglich. Derzeit ist kein Parkplatzverlust durch die Baumaßnahme zu verzeichnen. Alle vorher vorhandenen Parkplätze sind auch jetzt noch anfahrbar, so dass zum heutigen Zeitpunkt kein weiterer Parkplatzbedarf bestehen dürfte. Es ist jedoch absehbar, dass sich diese Situation künftig für die Anlieger verschlechtern wird. Es kann nach Fertigstellung der Kanalkreuzung mit der Bannstraße, etwa Ende des Jahres, geprüft werden, ob zusätzliche Flächen im derzeitigen Sackgassenbereich der Bannstraße als Parkflächen freigegeben werden können. Der Wendehammer selbst kann als Parkfläche aber nicht zur Verfügung stehen.

Stv. K r a f t bat noch einmal um Prüfung, wie in der Bannstraße während der Bauarbeiten die Parksituation für die Anwohner verbessert kann und um eine Überprüfung der Baustelleneinrichtung, da seiner Meinung nach dadurch die Anwohner teilweise nicht mehr ihre Häuser erreichen könnten.

Anfrage der Stv. Koster zum Baugebiet Lahnberg (Beleuchtung)

Im Zuge der Erschließung des Baugebietes „Am Lahnberg“ wurde eine neue Straßenbeleuchtung errichtet und mit Fertigstellung der Erschließung in Betrieb genommen, um die Verkehrssicherheit im Bereich des Baugebietes seitens der Stadt gewährleisten zu können. Aus Sicht des Tiefbauamtes ist der Betrieb der Straßenbeleuchtung zwingend erforderlich, da aufgrund der vorliegenden Bauanträge mit einer zeitnahen Bebauung zu rechnen ist.

Taubenkotbeseitigung Spantenbauwerk

Herr V o l z teilte mit, dass der angekündigte Termin für die Beseitigung von Taubenkot am Spantenbauwerk aufgrund von Abstimmungen mit dem ASV und der von dort durchgeführten Betonsanierungen an den Stützmauern der Brücke in den Januar/Februar 2010 verschoben worden sei.

Anfragen

Umstellung der Ampeln auf LED-Technik

Stv. P o h l wollte zur Aufstellung aus der letzten Sitzung zur Umstellung der Ampeln auf LED-Technik wissen, ob hier nur die technische Umstellung oder auch die Erneue-

zung der Masten beinhaltet sei. Herr **V o l z** wies darauf hin, dass sämtliche Kosten in dieser Kostenaufstellung enthalten seien.

Prioritätenliste für die Namensgebung von Straßen

Stv. **P o h l** erinnerte noch einmal an die Prioritätenliste für die Namensgebung von Straßen. StR **B e c k** erläuterte, dass man lediglich Ehrenbürger vorrangig behandeln sollte. Ansonsten gebe es keine Prioritätenliste.

Niederschrift vom 09.11.2009

Seite 7, TOP 6, 4. Absatz:

Auf Einwand des Stv. **M e i ß n e r** solle der erste Satz ersatzlos gestrichen werden, so dass der Absatz nunmehr wie folgt beginne:

„Stv. **Meißner** nahm Bezug auf die Aktion „Älter werden in Wetzlar“ und bat um Prüfung, ob die dort gemachten Vorschläge evtl. mit in das Konzept einfließen können.“

Mit o. g. Änderung wurde die Niederschrift einstimmig beschlossen.